

Offener Brief

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

11.05.2022

Klimaschutz unter deutscher G7-Präsidentschaft voranbringen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

der diesjährige G7-Gipfel in Elmau steht ganz im Zeichen der durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine in Gang gesetzten Zeitenwende, aber auch der sich zuspitzenden Klimakrise. Wir wenden uns heute an Sie mit der dringenden Bitte, den Gipfel dafür zu nutzen, die Klimaschutz-Anstrengungen der Industrienationen sowie deren Unterstützung verwundbarer Länder bei der Bewältigung von Klimawandelfolgen noch ambitionierter als bisher voranzutreiben. Auch gilt es, angesichts der eskalierenden Biodiversitätskrise den Weg zu einem Erfolg der UN-Biodiversitätskonferenz (CBD COP15) in Kunming zu ebnen. Die Treffen der Außenminister:innen, der Minister:innen für Entwicklungszusammenarbeit, der Finanzminister:innen, der Umweltminister:innen sowie der Energie- und Klimaminister:innen der G7-Staaten sollten dafür nun den Weg bereiten.

Die russische Invasion in der Ukraine verschärft die Notwendigkeit beschleunigter Maßnahmen zur **Energiesicherheit und -souveränität**. Steigende **Energiepreise** und geopolitische Spannungen offenbaren die Volatilität des Energiehandels mit fossilen Brennstoffen und die **Abhängigkeit** von einigen wenigen Lieferländern. Bei ihren Bemühungen um Energiesicherheit sollten die G7-Staaten sicherstellen, dass die Steigerung der **Energieeffizienz, die Reduktion des Energieverbrauchs** und der **Ausbau erneuerbarer Energien** klaren Vorrang haben vor der Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Energien. Statt **klimaschädliche Subventionen** zu erhöhen, müssen diese endlich klar definiert und **bis 2025** beendet werden.

Die G7-Staaten sollten sich als Antwort auf die derzeitige Abhängigkeit von fossilen Energien autokratischer Staaten und angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Klimakrise zu einem **Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas im Stromsektor bis 2035** bekennen. Der klare Auftrag an die deutsche G7-Präsidentschaft lautet, auf der Dynamik der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP26) aufzubauen: Wir fordern die G7 auf, bis Ende dieses Jahres **1,5-Grad-kompatible Pläne** zur Erhöhung ihrer Klimaschutzziele und deren beschleunigten Umsetzung vorzulegen. Besonders verwundbare Länder müssen zudem endlich angemessen bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels und ihrem sozial-ökologischen Wandel unterstützt werden.

Wir fordern die G7-Länder auf, sich für Folgendes einzusetzen:

- **Ambition:** Die internationale Staatengemeinschaft hat sich auf der COP26 dazu verpflichtet, ihre 2030-Ambitionen dieses Jahr erneut zu steigern. Die G7-Staaten müssen beim Gipfel klar aufzeigen, wie sie ihre eigenen Ambitionen dieses Jahr erhöhen und die Umsetzung ihrer Ziele beschleunigen. Nur so lässt sich die gerechtfertigte Forderung an die anderen G20-Staaten, ihre Nationalen Klimabeiträge (NDC) zu verbessern, glaubwürdig vertreten.

- **Ausstieg aus fossilen Energien und Subventionen:** Das Bekenntnis zur Abkehr von der Kohleverstromung ist in die Tat umzusetzen. Alle G7-Staaten sollten sich zu einem Kohleausstieg bis 2030 verpflichten, um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. Eine vollständige Dekarbonisierung der Stromsysteme sollte, wie im IEA Net-Zero-Szenario vorgesehen, in den G7-Staaten bis 2035 verbindlich erfolgen. Die G7-Staaten sollten ihren Energieverbrauch insgesamt reduzieren und wirksame Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz, aber auch -suffizienz ergreifen. Um gemeinsam den Abbau fossiler Subventionen voranzutreiben, sollten die G7-Staaten klar definieren, was unter „ineffiziente“ Subventionen fällt, nationale Umsetzungspläne für den Abbau bis 2025 vorlegen und in den Folgejahren transparent über den Fortschritt berichten. Auch die internationale Finanzierung fossiler Energien sollte von allen G7-Staaten bis Ende dieses Jahres beendet werden.
- **Glaubwürdigkeit bei der internationalen Klimafinanzierung:** Als einer der historischen Hauptverursacher der Klimakrise sollte Deutschland seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung auf 8 Milliarden Euro jährlich bis 2025 aufstocken. Eine entsprechende Ankündigung sollte beim Petersberger Klimadialog erfolgen. Ein schrittweiser Anstieg muss im Haushalt reflektiert werden. Noch ist dies nicht einmal für die Zusage der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel über 6 Milliarden Euro während des letzten G7-Gipfels gesichert. Die G7-Staaten sollten auch dazu beitragen, dass bis 2024 ein neues Finanzierungsziel ausgearbeitet wird, das auf klareren Regeln und den tatsächlichen Bedarfen der Länder basiert. Bei der Ermittlung der Finanzbedarfe für Maßnahmen zum Klimaschutz, Klimaanpassung und zum Umgang mit Schäden und Verlusten sollten die G7-Staaten vulnerable Länder unterstützen. Besonders für die neuen Just Energy Transition Partnerships muss gewährleistet sein, dass diese mit entsprechender Finanzierung glaubhaft hinterlegt sind. Ansonsten droht dies zu einem Vertrauensverlust zu werden wie schon das Nichterreichen der jährlich mindestens 100 Milliarden USD für die Klimafinanzierung ab 2020.
- **Verantwortung für Schäden und Verluste:** Die G7-Mitgliedsstaaten sollten eine Initiative auf den Weg bringen, die endlich umfassende Instrumente sowie ausreichende und zusätzliche Finanzierung zur Unterstützung der von Schäden und Verlusten besonders betroffenen Länder und Menschen leistet. Bestehende Lücken sind zu schließen (z.B. Umgang mit langsam voranschreitenden sowie nicht ökonomischen Klimawandelfolgen). Diese Initiative und die dafür bereitgestellte Finanzierung durch die G7 muss in ihrer Größenordnung dem Ausmaß der Klimawandelfolgen gerecht werden und auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortungen und Fähigkeiten basieren.
- **Klimaclub:** Die Schaffung eines nicht exklusiven „Klimaclubs“ ist generell zu begrüßen, sofern seine Ausgestaltung wirkungsvoll zur Senkung der Emissionen und zur Unterstützung vulnerabler Staaten beiträgt. Ein auf Freiwilligkeit basierender Klimaclub darf verbindliche Instrumente nicht verhindern oder aufweichen und nicht auf einen expliziten CO₂-Preis limitiert werden. Trotz des Potenzials eines Klimaclubs wäre es kein Erfolg, wenn dies das einzige greifbare klimapolitische Ergebnis des G7-Gipfels sein sollte. Klimaschutz – über den Klimaclub hinaus – muss als zentrales Thema verankert und mit verbindlichen Zusagen hinterlegt werden, die über das hinausgehen, was die G7-Staaten bislang bereit sind zu tun.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, bitte treiben Sie im Rahmen der G7-Präsidentschaft die Bewältigung der Klimakrise mit Hochdruck voran. Um von der Ambition zur Implementierung zu kommen, müssen die G7 jetzt Maßnahmen umsetzen, welche die Klimakrise eingrenzen und besonders betroffene Staaten von ihren Auswirkungen entlasten. Notwendige Fortschritte rücken in greifbare Nähe, wenn die Industrienationen Verantwortung übernehmen und nationale sowie internationale Klimaschutzmaßnahmen auf dem Weg zur COP27 in Ägypten entscheidend voranbringen. Wir appellieren an Sie und Ihre Kolleg:innen der anderen G7-Staaten, einem inklusiven G7-Gipfel der Umsetzung den Weg zu bereiten.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt
Vorsitzender
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch e.V.



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace e.V.



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführende Vorständin
Klima-Allianz Deutschland e.V.



Eberhard Brandes
Geschäftsführender Vorstand
WWF Deutschland

Dieser Brief geht in Kopie auch an den G7/G20-Sherpa im Bundeskanzleramt sowie die Bundesministerin des Auswärtigen, den Bundesminister der Finanzen und die Bundesminister:innen für Entwicklung, Umwelt, Energie und Klima.

Kontakt:
Dr. Christiane Averbeck
Klima-Allianz Deutschland e.V.
christiane.averbeck@klima-allianz.de
030/780 899 510